Rathauschau

Montag, 26. Januar 2009 Ausgabe 016

15

Inhaltsverzeichnis

Anträge und Anfragen aus dem Stadtrat

Τe	erminhinweise	2
В	ürgerangelegenheiten	3
M	Meldungen	
>	Beitritt Münchens zur "Europäischen Städtekoalition gegen	
	Rassismus"	3
>	Zertifizierte Ausbildung an städtischen beruflichen Schulen	4
>	Bewerbungsschluss Starter-Filmpreise 2009	5
>	Umweltladen morgen Nachmittag geschlossen	6
>	Infoabend im Bauzentrum zum Thema Feuchte Wände und Schimmel	6
>	Winterdienstbilanz für die Zeit vom 23. bis 25. Januar	7
A	Antworten auf Stadtratsanfragen	
>	Drastische Mieterhöhungen in Ramersdorf:	
	Konterkariert die städtische Wohnungsbaugesellschaft Gewofag	
	die städtischen Bemühungen zur Stärkung des lokalen Gewerbes?	
	Gewerbemieten bei der Gewofag	8

Terminhinweise

Wiederholung

Dienstag, 27. Januar, 11 Uhr, Marstall, Foyer, Marstallplatz 4

Pressegespräch zu jazz lines 2009 mit den Veranstaltern Annelie Knoblauch und Josef Dachsel (Kulturkontor e. V.), Kulturreferent Dr. Hans-Georg Küppers und Dr. Dieter Heß, Bayerischer Rundfunk (Bayern 2, Kulturkritik). Vom 22. bis 29. März gibt es mit den jazz lines 2009 in München erstmals seit 2002 wieder ein internationales Jazz-Festival. Mitveranstalter sind das Kulturreferat der Landeshauptstadt München und das Bayerische Staatsschauspiel.

Hochkarätige nationale und internationale Künstler und Künstlerinnen zeigen mit über 20 Konzerten an acht Tagen und an verschiedenen Spielorten, was die Jazzwelt derzeit an Überraschungen zu bieten hat. Gäste der jazz lines 2009 sind u. a. Michel Portal, Vincent Courtois, Joachim Kühn, Otto Lechner & Arnaud Methivier, Django Bates, Erika Stucky, Louis Sclavis, Christian Zehnder, Andreas Ammer & Console, Garth Knox und Barbara Sukowa & X-Patsys.

Anmeldung und weitere Informationen bei Christiane Pfau unter E-Mail info@pfau-pr.de oder Telefon 48 92 09 70.

Mittwoch, 28. Januar, 10 Uhr, Gasteig, Erdgeschoss, Raum 0.125, Rosenheimer Straße 5

Die Geschäftsführung der Münchner Volkshochschule (MVHS), Dr. Susanne May und Professor Dr. Klaus Meisel, informiert über die Highlights des Programms und neue Entwicklungen und steht für Fragen zur Verfügung. Am 2. Februar erscheint das neue MVHS-Programm Frühjahr/Sommer. An diesem Tag beginnt auch bereits die Anmeldung zum neuen Halbjahr.

Donnerstag, 29. Januar, 17 Uhr, Kolpinhaus München, Adolf-Kolping-Straße 1

Im Rahmen der Öffentlichkeitsphase der "Leitlinie Bildung" lädt das Schulund Kultusreferat zur letzten von sechs Regionalkonferenzen ein. Die Veranstaltung ist für die Stadtregion München Mitte vorgesehen und für alle Interessierten, die bisher keine Zeit hatten, an vorangegangenen Veranstaltungen teilzunehmen, offen. Zur Eröffnung spricht Bürgermeisterin Christine Strobl. Im Anschluss informiert Stadtschulrätin Elisabeth Weiß-Söllner über die Bildungseinrichtungen und -angebote in München Mitte. Im zweiten Teil der Veranstaltung besteht die Möglichkeit, in kleineren Gesprächskreisen Ideen, Wünsche und Anregungen zur Bildungsentwicklung in München einzubringen und zu diskutieren. Ute Rauscher vom Bayerischen Rundfunk moderiert. Während der Veranstaltung wird eine Kinderbetreuung durch pädagogische Fachkräfte angeboten.

Bürgerangelegenheiten

Montag, 2. Februar, 19 Uhr, Sitzungsraum der BA-Geschäftsstelle Süd, 4. Stock, Implerstraße 9 Sitzung des Bezirksausschusses 6 (Sendling).

Meldungen

Beitritt Münchens zur "Europäischen Städtekoalition gegen Rassismus"

(26.1.2009) Der Vorsitzende der Europäischen Städtekoalition gegen Rassismus, Dr. Hans Hesselmann, hat jetzt in einem Schreiben an Oberbürgermeister Christian Ude seiner Freude darüber Ausdruck gegeben, dass der Münchner Stadtrat beschlossen hat, der Städtekoalition beizutreten. Dieses europäische Netzwerk, das unter der Schirmherrschaft der UNESCO steht, ist mit dem Beitritt Münchens auf 85 Kommunen in 17 europäischen Ländern angewachsen. Alle Kommunen verpflichten sich somit auf der Grundlage eines sehr pragmatisch gehaltenen "Zehn-Punkte-Aktionsplans gegen Rassismus" (im Internet unter: www.menschenrechte.nuernberg.de/admin/uploads/files/10_PPA_dt.pdf), entschieden gegen Fremdenfeindlichkeit und Diskriminierung einzutreten. Die Städte sind dabei aufgefordert, sowohl die unterschiedlichen Akteure in den jeweiligen Stadtverwaltungen miteinander, als auch mit den verschiedenen Aktivitäten der Zivilgesellschaft zu verbinden; immer mit dem gemeinsamen Ziel, Rassismus, Rechtsextremismus, Antisemitismus und Diskriminierungen zu bekämpfen.

München ist seit Jahren auf unterschiedlichsten Ebenen mit diesen Themen befasst und hat auch bereits viele wichtige Beiträge zur Umsetzung des "Zehn-Punkte-Aktionsplans gegen Rassismus" geleistet. Um einige herauszugreifen:

 Im Jahr 1998 rief der Oberbürgermeister mit Repräsentantinnen und Repräsentanten der Kirchen- und Glaubensgemeinschaften, der Wirtschaft, der Gewerkschaften und der Jugendverbände, des Bildungswesens und besonders der Erwachsenenbildung das "Münchner Bündnis für Toleranz, Demokratie und Rechtsstaat" ins Leben. Vorrangiges Ziel ist es, gemeinsam und offensiv für ein friedliches Zusammenleben in München einzutreten.

- Für die Beschäftigten der Stadt München gilt seit 1999 eine Antidiskriminierungsvereinbarung, um auch im Vorfeld beispielsweise bei Stellenausschreibungen Anzeichen von Diskriminierung, Fremdenfeindlichkeit und Rassismus entgegen zu treten.
- Ein wesentliches Handlungsfeld des einstimmig beschlossenen "Interkulturellen Integrationskonzepts der Landeshauptstadt München" ist der Abbau von Diskriminierung.
- AMIGRA, die Antidiskriminierungsstelle für Menschen mit Migrationshintergrund der Landeshauptstadt München, geht in ihrer Einzelfallarbeit konkret gegen Diskriminierungen vor und leistet durch ihre innovative Projektarbeit, wie zum Beispiel "Deutschland Schwarz Weiß", einen wichtigen Beitrag zur Bekämpfung von Rassismus auf kommunaler Ebene. Für die Landeshauptstadt München wird AMIGRA die Maßnahmen und Beiträge für die "Europäische Städtekoalition gegen Rassismus" koordinieren.
- Im Dezember 2008 beschloss der Münchner Stadtrat den Aufbau eines kommunalen Netzwerkes gegen den Rechtsextremismus. Hierzu wird eine Fach- und Koordinierungsstelle im Büro des Oberbürgermeisters eingerichtet.

Zertifizierte Ausbildung an städtischen beruflichen Schulen

(26.1.2009) Städtische berufliche Schulen arbeiten daran, systematisch ihre Qualität zu sichern und weiter zu entwickeln. Im Zentrum der Bemühungen steht dabei, in Zusammenarbeit mit den Betrieben die Ausbildung der Schülerinnen und Schüler so zu verbessern, dass sie praxisnah und handlungsorientiert lernen und alle am zukünfigen Arbeitsplatz benötigten Kompetenzen erwerben. Ein geeignetes Instrument dafür ist ein Zertifizierungs-Prozess durch eine unabhängige Prüfstelle.

Das Städtische Berufliche Schulzentrum Alois Senefelder erhielt jetzt vom Verband Druck und Medien Bayern e.V die Urkunde, die den erfolgreichen Abschluss des von der Schule eingeleiteten Zertifizierungs-Prozesses dokumentiert. Das Schulzentrum Alois Senefelder ist die erste Schule in Deutschland aus dem Ausbildungsbereich Druck und Medien, die ein solches Zertifikat vorweisen kann.

Damit hat ein weiteres berufliches Ausbildungszentrum der Stadt München von einer unabhängigen Prüfstelle die Bestätigung erhalten, dass die schulische Ausbildung in der gleichen Qualität und im gleichen Umfang ab-

läuft wie in den Betrieben. Für den Fachunterricht ist so eine wesentliche Voraussetzung für ein adäquates Ausbildungsniveau geschaffen. Insbesondere das Unterrichten nach dem Prinzip von "Lernfeldern", das als Abbild der realen Arbeitswelt in Projektarbeit verschiedene Ausbildungsinhalte miteinander vernetzt, verlangt idealerweise die gleichen Ablaufstrukturen wie in den Betrieben.

Zwei weitere städtische Angebote der beruflichen Bildung, nämlich das Städtische Berufliche Bildungszentrum für Solartechnik und die Städtische Fachschule für Bautechnik, sind ebenfalls bereits zertifiziert, die Städtische Meisterschule für das Schreinerhandwerk hat den Prozess im letzten Monat erfolgreich abgeschlossen und die Städtische Technikerschule – Fachschule für Maschinenbau-, Metallbau-, Informatik- und Elektrotechnik bereitet sich auf die Überprüfung im Frühjahr 2009 vor. Technisch zertifiziert ist außerdem die Städtische Berufsschule für Luftfahrttechnik.

Bewerbungsschluss Starter-Filmpreise 2009

(26.1.2009) Das Kulturreferat der Landeshauptstadt München vergibt 2009 wieder drei mit jeweils 6.000 Euro dotierte Starter-Filmpreise/Regie. Bewerbungen können noch bis zum Montag, 2. Februar 2009 (Datum des Poststempels), eingereicht werden bei Dr. Andreas Rost, Kulturreferat, Abteilung 1, Starter-Filmpreis, Burgstraße 4, 80331 München. Über die Vergabe entscheidet auf Vorschlag einer Jury der Stadtrat der Landeshauptstadt München.

Bewerben können sich Profi-Nachwuchs-Regisseurinnen und -Regisseure, die in München oder im Einzugsbereich der S-Bahn (Ort mit MVV-Anbindung) wohnen und noch am Anfang einer professionellen Regie-Laufbahn stehen, d.h. Amateur- oder Hobby-Filmer sind von der Bewerbung ausgeschlossen. Angenommen werden Arbeiten aus den Bereichen Spiel-, Dokumentar- und Experimentalfilm (auch Kinder- und Jugendfilme), wobei die Filmlänge nicht vorgeschrieben ist.

Zum zweiten Mal wird 2009 zusätzlich ein Starter-Filmpreis/Produktion – gestiftet von ARRI Film & TV für eine durch Risikobereitschaft und Kreativität auffallende Filmproduktion verliehen, deren Resultat angesichts des vorhandenen Budgets die Erwartungen übertrifft. Dieser Preis kann nur als geldwerte Leistung in Höhe von 6.000 Euro im Kopierwerk- wie Bildund-Ton-Post-Produktionsbereich der Firma ARRI in München eingelöst werden.

Zugelassen sind nur Produktionen, die 2008 fertiggestellt wurden; das Copyright-Datum ist ausschlaggebend. Die Filme müssen zum Zeitpunkt der Bewerbung schon auf Filmmaterial (16 Millimeter oder 35 Millimeter) oder auf professionellem Videomaterial (Betacam SP, DigiBeta) vorliegen bezie-

hungsweise im Falle von Mini-DV als Ausgangsmaterial auf die oben genannten Formate umkopiert worden sein.

Die Bewerbung muss enthalten: drei DVDs des vorgeschlagenen Films und in dreifacher Ausfertigung Informationsmaterial über die Filmemacherin/den Filmemacher (Biografie, Filmografie) und die Produktion (Produktionsstab, technische Daten, Produktionsbudget inklusive Beistellungen in Form geldwerter Leistungen, Fördermittel, empfangene Preise). Informationen unter Telefon 2 33-2 11 96 (Katrin Dirschwigl); Telefon 2 33-2 60 47 (Dr. Andreas Rost) oder E-Mail: kultur.foerderung@muenchen.de. Im Internet finden sich nähere Angaben zum Starter Filmpreis unter www.muenchen.de/kulturfoerderung in der Rubrik "Preise".

Umweltladen morgen Nachmittag geschlossen

(26.1.2009) Der Umweltladen des Referates für Gesundheit und Umwelt am Rindermarkt 10 (Ruffinihaus) ist am Dienstag, 27. Januar, aus dienstlichen Gründen ab 12 Uhr geschlossen. Die regulären normalen Öffnungszeiten sind: Montag bis Donnerstag 9 bis 12 Uhr und 13 bis 17.30 Uhr, Freitag 9 bis 12 Uhr und 13 bis 16.30 Uhr. Telefonisch ist der Umweltladen zu diesen Zeiten über das Umwelttelefon 2 33-2 66 66 erreichbar, per E-Mail unter umweltberatung.rgu@muenchen.de. Im Internet lautet die Adresse www.muenchen.de/umweltladen.

Infoabend im Bauzentrum zum Thema Feuchte Wände und Schimmel

(26.1.2009) In einem Vortrag im Bauzentrum München am morgigen Dienstag, 27. Januar (18 Uhr), informiert Edmund Bromm, Sachverständiger für Feuchteschäden und Hausschwammbekämpfung, über vorbeugende Maßnahmen zur Vermeidung von feuchten Mauern und Schimmel sowie zu dessen Beseitigung. Für eine individuelle Beantwortung von Fragen der Besucher steht ausreichend Zeit zur Verfügung. Der Eintritt ist frei. Feuchte Wände und Schimmel in Wohngebäuden können zu gesundheitlichen Belastungen führen – und zu Konflikten mit dem Hauseigentümer oder Vermieter, bis hin zu juristischen Streitigkeiten. Der Experte geht insbesondere folgenden Fragen nach, die wohl für viele Bürger zum Alltag gehören: Wie entstehen feuchte Innenwände und Schimmel in Wohnräumen? Stellen Schimmelpilze ein Problem für die Gesundheit dar? Wie können die Bewohner durch ihr eigenes Verhalten – wie mit dem richtigen Lüften – zur Schimmelvermeidung beitragen? Was können Hauseigentümer durch bauliche Maßnahmen wie Wärmedämmung und Lüftungsanlagen tun? Welche Sanierungsmaßnahmen sind sinnvoll? Was kann bei aufsteigender Feuchtigkeit und bei feuchten Kellern getan werden?

Alle, die etwas gegen feuchte Mauern und Schimmelbildung in Wohngebäuden unternehmen müssen oder hier vorbeugen wollen, sollten sich diesen Infoabend mit kompakter Information nicht entgehen lassen. Die Adresse des Bauzentrums München in der Messestadt Riem ist die Willy-Brandt-Allee 10 (U2, Haltestelle Messestadt West, von dort nur fünf Minuten ausgeschilderter Fußweg; mit der S2 bis Haltestelle Riem, dort umsteigen in Bus 190 bis Messestadt West; mit dem Auto über die A94, Ausfahrt München-Riem oder Feldkirchen-West, Parkhaus direkt hinter dem Bauzentrum München). Internet: www.muenchen.de/bauzentrum, E-Mail: bauzentrum.rgu@muenchen.de; Telefon 50 50 85.

Winterdienstbilanz für die Zeit vom 23. bis 25. Januar

(26.1.2009) Hier die aktuellen Winterdienst-Zahlen:

Freitag, 23. Januar:

Einsatzzahlen:

Personal: 335 Fahrzeuge: 234

Streuguteinsatz:

Salz: 70,55 t Splitt: 168,35 t

Kosten des Einsatztages: 145.528,61 Euro

Samstag, 24. Januar:

Einsatzzahlen:

Personal: 148 Fahrzeuge: 111

Streuguteinsatz:

Salz: 18,01 t Splitt: 159,95 t Kosten des Einsatztages: 93.148,22 Euro

Sonntag, 25. Januar:

Einsatzzahlen:

Personal: 98 Fahrzeuge: 65

Streuguteinsatz:

Salz: 9,76 t Splitt: 28,90 t Kosten des Einsatztages: 67.399,91 Euro

Bisherige Bereitschaftstage: 12

Bisherige Einsatztage: 74

Bisher aufgelaufene Kosten im Winter 2008/2009: 9.044.736,96 Euro



Antworten auf Stadtratsanfragen

Montag, 26. Januar 2009

Drastische Mieterhöhungen in Ramersdorf:

Konterkariert die städtische Wohnungsbaugesellschaft Gewofag die städtischen Bemühungen zur Stärkung des lokalen Gewerbes?

Anfrage Stadtrats-Mietglieder Beatrix Burkhardt und Hans Podiuk (CSU) vom 6.11.2008

Gewerbemieten bei der Gewofag

Anfrage Stadtrats-Mietglieder Beatrix Burkhardt und Hans Podiuk (CSU) vom 18.11.2008

Antwort Stadtbaurätin Dr. (I) Elisabeth Merk:

Mit Schreiben vom 06.11.2008 und 18.11.2008 haben Sie gemäß § 68 GeschO die folgenden Anfragen an Herrn Oberbürgermeister Ude gestellt. Aufgrund des sachlichen Zusammenhangs werden beide Anfragen gemeinsam behandelt. Mit Schreiben vom 02.12.2008 wurde um Fristverlängerung bis zum 19.12.2008 nachgesucht, die auch zugestanden wurde.

Das Planungsreferat führt zu der angesprochenen Problematik grundsätzlich Folgendes aus:

Die GEWOFAG Gemeinnützige Wohnungsfürsorge AG München (GEWOFAG) hat als Wohnungsbaugesellschaft mit überwiegender städtischer Beteiligung einerseits eine sozial- und wohnungspolitische Verantwortung gegenüber der Landeshauptstadt München andererseits ist sie zur Optimierung der Wirtschaftlichkeit sowie zur Verbesserung der Ertragslage angehalten, um entsprechende Jahresüberschüsse erzielen zu können. Die nach dem 4. Haushaltssicherungskonzept (4. HSK) zu erwirtschaftenden Jahresüberschüsse sollen nach Beschluss des Stadtrates vom 02.07.2008 anstelle von Ausschüttungen an den Gemeindehaushalt für zusätzliche wohnungswirtschaftliche Maßnahmenpakete eingesetzt werden.

Die Verbesserung der Ertragslage wird u. a. auch durch möglichst sozial verträgliche Mietanpassungen angestrebt, um der Aufgabenstellung (Ziele der Gesellschaft entsprechend der Beschlussfassungen des Stadtrates im Wohnungsneubau, energetische Modernisierung und Erneuerung im Be-

stand, Wohnen im Alter – Bielefelder Modell etc.) nachhaltig gerecht zu werden. Dies bedeutet für die Gesellschaft nicht selten, den angesprochenen Zielkonflikt zu bewältigen und daher den Spagat zwischen ökonomischem Gebot und sozialer Verträglichkeit zu vollziehen.

Der Abwägung unterschiedlicher Zielsetzungen kommt in den förmlich festgelegten Sanierungsgebieten des Bund-Länder-Programms "Soziale Stadt" (hier "Innsbrucker Ring/Baumkirchner Straße" – Ramersdorf/Berg am Laim) dabei ein besonderes, zusätzliches Augenmerk zu. Die Stärkung der lokalen Ökonomie und des Einzelhandels ist hier ein Ziel

und wichtiger Baustein des integrierten Handlungskonzeptes der Sanie-

Das Planungsreferat und die GEWOFAG haben sich daher auf ein konzeptionelles, mit den Zielen der "Sozialen Stadt" vereinbartes Vorgehen verständigt:

- Die GEWOFAG nimmt bei den Mieterhöhungen für die Gewerbemieten auf soziale Aspekte von Mietern und auf die Lage der Gewerbeeinheiten Rücksicht. In besonderen Härtefällen vereinbart die Gesellschaft bei Bedarf individuelle Lösungen, die auf den jeweiligen Einzelfall zugeschnitten sind.
- Die GEWOFAG wirkt bereits aktiv in der Koordinierungsgruppe der Sozialen Stadt mit, wird sich aber weiter verstärkt in den Gewerbeverein Ramersdorf einbringen. Das Planungsreferat hat sich diesbezüglich bereits an den Vorstand der GEWOFAG gewandt. Ein Gesprächstermin des Vorstandes der GEWOFAG mit dem Vorsitzenden des Gewerbevereins ist noch im Dezember 2008 anberaumt.
 Durch die verbindliche Organisation der Einzelhändler und Gewerbetreibenden sollen gemeinsame Marketingstrategien gefunden und entwikkelt werden, um die Nahversorgung zu sichern und aufzuwerten, sowie die gewachsene Vielfalt und damit die Identität des Stadtviertels aufrecht zu erhalten bzw. zu fördern. Dies soll zur Stabilisierung der Er-
- Insgesamt wird eine noch stärkere Einbindung der GEWOFAG in die Abstimmungsprozesse mit den Beteiligten und Akteuren in den verschiedenen Gremien und Einrichtungen in der "Sozialen Stadt" angestrebt.

tragssituation der Gewerbetreibenden beitragen.

Zu den Fragen im Einzelnen:

rung.

1. Anfrage vom 06.11.2008 – Sachverhaltsdarstellung der Anfragesteller:

"Einem Pressebericht zufolge plant die städtische Wohnungsbaugesellschaft GEWOFAG drastische Mieterhöhungen für Gewerbeeinheiten in ihren Wohnanlagen in Ramersdorf. Die Rede ist von bis zu 70 (!) Prozent! Betroffen sind vorwiegend kleine, alteingesessene Läden zur Versorgung der Bevölkerung mit Gütern des täglichen Bedarfs. Viele der Ladeninhaber werden dem Bericht zufolge die Erhöhung nicht oder nur schwer schultern können.

Dabei handelt es sich ohnehin um ein strukturschwaches Gebiet. Erst im Juli hat der Stadtrat deswegen die Förderung des lokalen Gewerbes im Rahmen des Programmes Soziale Stadt beschlossen. Auch der Bezirksausschuss unterstützt dieses Projekt. Sanierungsziel ist explizit die Stärkung der Nahbereichszentren und der lokalen Ökonomie in Ramersdorf. Genau dieses Ziel konterkariert die anstehende Erhöhung der Mieten. Gerade nach Bekannt werden der notwendigen Wertberichtigungen bei der GEWOFAG in Höhe von 2,9 Millionen Euro stellt sich die Frage, ob hier nicht Verluste auf dem Rücken der Mieter ausgetragen werden. Erwähnenswert ist auch, dass die GEWOFAG selbst Nutznießerin des Programmes Soziale Stadt ist, denn mit öffentlichen Geldern werden private Freiflächen der Wohnungsbaugesellschaft im Sanierungsgebiet aufgewertet."

Frage 1:

Wie sehen die Mieterhöhungspläne im Einzelnen genau aus?

Antwort:

Die GEWOFAG hat zum Teil jahrelang keine Mieten bei den Gewerbeeinheiten angepasst und in vielen Fällen im Vergleich sehr günstig – ab drei Euro pro Quadratmeter – vermietet.

Nun hat die GEWOFAG alle Mietverträge für Gewerbeeinheiten geprüft. In Neuhausen, Harlaching, Giesing und Ramersdorf, wo sich der Großteil der Gewerbeeinheiten befindet, hat die GEWOFAG die Mieten angemessen angepasst. Damit ist dieser Prozess bis auf wenige Sonderfälle, wie z.B. sehr alte Mietverträge, abgeschlossen.

Die GEWOFAG sichert ihren Mieterinnen und Mietern zu, nach dieser Anpassung in den kommenden zwei Jahren keine Anpassungen vorzunehmen.

Frage 2:

Sind "nur" Läden in Ramersdorf betroffen oder plant die Gewofag weitere Erhöhungen?

Antwort:

Nein, siehe hierzu Ausführungen zu Frage 1.

Frage 3:

Warum bedient sich die Gewofag dazu eines externen Dienstleisters? Was kostet dies?

Antwort:

Die GEWOFAG konzentriert sich auf ihre Kernkompetenz – den Bau und die Vermietung von Wohnungen. Daher hat sich die GEWOFAG für die Belange des Gewerbemietrechts eines Spezialisten bedient. Bei Vorgängen, die nicht turnusmäßig vor sich gehen, wäre es aus Sicht der GEWOFAG wirtschaftlich nicht vertretbar, für die Betreuung der Gewerbeeinheiten eigene Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter vorzuhalten.

Die Kostensätze für einen externen Dienstleister mit fundierten mietrechtlichen Kenntnissen liegen nach Aussage der GEWOFAG im branchenüblichen Durchschnitt.

Frage 4:

Stehen die Erhöhungen im Zusammenhang mit den bekannt gewordenen Verlusten in Höhe von 2.9 Millionen Euro?

Antwort:

Die Mietanpassungen bei den Gewerbeeinheiten stehen nach Aussage der GEWOFAG nicht im Zusammenhang mit dem Wertverlust der Wertpapieranlagen. Die Wertpapieranlagen der GEWOFAG haben im Oktober 2008 um 2,9 Millionen Euro an Kurswert verloren. Solange diese Papiere nicht verkauft werden, muss die GEWOFAG auch keine Verluste realisieren. Es handelt sich hier nur um eine Buchwertanpassung.

Mit der Anhebung der Mieten bei den Gewerbeeinheiten wurde bereits vor mehreren Monaten, d. h. lange vor der aktuellen Finanzkrise, begonnen. Als städtische Gesellschaft hat die GEWOFAG im Rahmen ihres Gesellschaftszweckes – einer sozial verantwortlichen Wohnraumversorgung – den Auftrag, ihren Betrieb unter Beachtung betriebswirtschaftlicher Grundsätze und des Grundsatzes der Sparsam- und Wirtschaftlichkeit zu führen (Art. 95 Bayerische Gemeindeordnung – BayGO). Daher war es wichtig,

vorhandenes Potenzial an Mietanpassungen sozial verträglich auszuschöpfen.

Dies ist auch erforderlich, um soziale Projekte finanzieren zu können.

Frage 5:

Wie verantwortet die Gewofag diese Erhöhungen in Hinblick auf die Bemühungen des Programms Soziale Stadt und in Hinblick auf die besondere Verantwortung als städtische Tochter?

Antwort:

Die GEWOFAG ist sich ihrer besonderen Verantwortung als städtische Tochter bewusst.

Daher steht sie weiterhin zu Gesprächen bereit, um in besonderen Härtefällen einvernehmliche Lösungen mit den Mieterinnen und Mietern zu finden, bei denen nach Einzelfallprüfung von der anfänglichen Forderung auch abgewichen werden kann.

Laut Gesellschaftssatzung hat die GEWOFAG den Auftrag, vorrangig für eine sichere und sozial verantwortbare Wohnungsversorgung der breiten Schichten der Bevölkerung beizutragen, d.h. hauptsächlich bezahlbaren Wohnraum für Münchner Bürgerinnen und Bürger zu erhalten und neu zu schaffen. Darüber hinaus versucht die GEWOFAG – nicht nur innerhalb des Programms "Soziale Stadt" – Stadtviertel zu stärken und die Lebensqualität in den Vierteln zu verbessern.

Die GEWOFAG bewerkstelligt dies auf unterschiedliche Weise: Durch die Einrichtung des Projekts "Wohnen im Viertel", bei dem ältere und behinderte Menschen in ihrem vertrauten Viertel bleiben können und über einen ambulanten Pflegedienst im Haus versorgt werden, ohne dafür eine Betreuungspauschale zu entrichten; durch die Errichtung von Kindertagesstätten und die Unterstützung von Elterninitiativen mit dem Projekt "Gewo-Minis".

Bedeutend ist auch der Beitrag, den die GEWOFAG im Rahmen von "Wohngrün.de" leistet, einem Programm der Stadtsanierung und der Münchner Gesellschaft für Stadterneuerung mbH (MGS) zur Verbesserung des Wohnumfeldes. Die GEWOFAG sorgt z.B. für die Umgestaltung der Außenanlagen im Umfeld des Piusplatzes unter Einbeziehung der Mieterinnen und Mieter und damit für die Aufwertung des Quartiers. Die Mittelaufwendung geht hier weit über das sonst übliche Maß einer Investition in Außenanlagen hinaus. Auch hat die GEWOFAG die Außenanlagen am Piusplatz in diesem Zusammenhang früher als ursprünglich geplant saniert.

Durch diese ganzheitliche Maßnahme profitieren die Mieterinnen und Mieter früher und in höherem Maße von diesen Investitionen.

Von Ende 2005 bis heute hat die GEWOFAG 2.350.000 Euro über Wohngrün.de in die Sanierung der Außenanlagen in Ramersdorf und Berg am Laim investiert. Bis einschließlich 2011 werden voraussichtlich weitere 4.930.000 Euro investiert sein. Parallel dazu wurden in Ramersdorf und Berg am Laim auch die Wohngebäude saniert und in diesem Zusammenhang zum Beispiel Mietergärten angelegt, welche die Bewohnerinnen und Bewohner kostenlos nutzen können. Damit werden beide Stadtviertel eine ganzheitliche Aufwertung erfahren.

2. Anfrage vom 18.11.2008 – Sachverhaltsdarstellung der Anfragesteller:

"Im Zusammenhang mit den Mieterhöhungen für Gewerbeeinheiten in Ramersdorf erklärte die Gewofag, sie vermiete in vielen Fällen sehr günstig, ab drei Euro pro Quadratmeter. Sie erweckte dadurch den Anschein, sie vermiete insgesamt zu sehr günstigen Konditionen.

Aus Giesing/Harlaching erreicht uns nun die Mitteilung eines Mieters, er zahle 14 Euro für seinen Laden."

Frage 1:

Wie viele Gewerbeeinheiten vermietet die Gewofag in München?

Antwort:

Die GEWOFAG vermietet zur Zeit 279 Gewerbeeinheiten in München. Insgesamt gehören rund 340 Gewerbeeinheiten zu den Liegenschaften der GEWOFAG, von denen die Gesellschaft einige selbst nutzt oder die momentan leer stehen. Im Vergleich zu den über 26.000 Wohnungen der GEWOFAG ist der Anteil an Gewerbeeinheiten gering.

Frage 2:

Welche Mieten verlangt die Gewofag und wie sind die jeweiligen, standortabhängigen Marktpreise?

Antwort:

Die monatlichen Mieten für die genannten 279 Gewerbeeinheiten liegen für

- drei Gewerbeeinheiten zwischen null und drei Euro pro Quadratmeter
- 18 Gewerbeeinheiten zwischen drei und fünf Euro pro Quadratmeter
- 94 Gewerbeeinheiten zwischen fünf und acht Euro pro Quadratmeter

- 122 Gewerbeeinheiten zwischen acht und zehn Euro pro Quadratmeter
- 38 Gewerbeeinheiten bei zehn Euro pro Quadratmeter und mehr. Vier Gewerbeeinheiten vermietet die Gesellschaft ohne Grundmiete. Aus Sicht der GEWOFAG ist es schwierig, für diese Mieten einen Vergleich mit marktüblichen Mieten anzustellen, da diese u. a. von der Gebäudealtersklasse, der Lage innerhalb Münchens und der sog. Mikrolage innerhalb des Viertels abhängen.

Frage 3:

In wie vielen Einheiten verlangt sie tatsächlich 3 Euro und somit weit unter den Marktpreisen?

Antwort:

Siehe hierzu Ausführungen zu Frage 2.

Anträge und Anfragen aus dem Stadtrat

Inhaltsverzeichnis

Montag, 26. Januar 2009

Klenzesteg – neue Fußgänger- und Radwegebrücke über die Isar auf der Höhe der Klenzestraße schaffen

Antrag Stadtrats-Mitglieder Siegfried Benker, Paul Bickelbacher, Lydia Dietrich und Sabine Nallinger (Bündnis 90/Die Grünen)

Keine Praktikaplätze für angehende SozialbetreuerInnen

Anfrage Stadträtinnen Lydia Dietrich und Jutta Koller (Bündnis 90/Die Grünen)

BÜNDNIS 90 rosa liste Stadtratsfraktion München

Herrn Oberbürgermeister Christian Ude Rathaus

München, den 26.1.2008

Klenzesteg - neue Fußgänger- und Radwegebrücke über die Isar auf der Höhe der Klenzestraße schaffen

Antrag

Das Baureferat wird beauftragt, einen Wettbewerb für eine neue Fußgänger- und Radwegebrücke über die Isar auf Höhe der Klenzestraße ("Klenzesteg") auszuloben und den Klenzesteg für das nächste Mehrjahresinvestitionsprogramm anzumelden

Das Baureferat wird darüber hinaus beauftragt, im Zuge des nächsten Renaturierungsabschnittes der Isar nördlich der Wittelsbacherbrücke, dessen Bau im Februar 09 beginnen soll, die geplante Weideninsel so anzulegen und zu befestigen, dass später ein Brückenpfeiler integriert werden kann.

Begründung

An der Isar Höhe Klenzestraße müssen FußgängerInnen weite Umwege bis zur nächsten Brücke in Kauf nehmen. Zudem sind die Rad- und Fußwege der Brücken im Innenstadtbereich häufig völlig überfüllt. Die AnwohnerInnen von der Isar-Westseite haben keinen direkten Zugang zu den Hochwasserwiesen der Isar, die durch die Renaturierung noch attraktiver für die Naherholung geworden sind/werden. Von einer direkten Verbindung würden auch die SchülerInnen der beengten Wittelsbacher Schule profitieren (z.T. Ganztagesschule), die in den Pausen die Freiflächen an der Isar nutzen könnten. Schließlich wird mit dieser Brücke auch ein "Stadtbalkon" geschaffen. Aus diesen Gründen wird der Klenzesteg immer wieder von Bürgerseite gefordert. Die betroffenen Bezirksausschüsse Au-Haidhausen und Ludwigsvorstadt-Isarvorstadt haben sich (letzterer eingeschränkt in Abhängigkeit der Gestaltung) ebenfalls für den Klenzesteg ausgesprochen.

Da die innerstädtische Isar einen sensiblen Bereich in Bezug auf Stadt- und Landschaftsbild darstellt, sollte ein Wettbewerb für die Brücke ausgelobt werden mit dem Ziel ein filigranes Bauwerk zu schaffen, das sich in die Umgebung einfügt.

Die grundsätzliche Machbarkeit des Klenzesteges wurde im Rahmen des Wettbewerbs zum Isarplan bestätigt. Die Detailplanung und Finanzierung muss aber gesondert erfolgen. Idealerweise sollte die neue Brücke auf Höhe der (ohnehin zu befestigenden) geplanten Weideninsel gebaut werden. Deshalb sollte die Weideninsel, die in Kürze gebaut wird, einen Brückenpfeiler integrieren können.

Stadtratsfraktion Bündnis 90/ Die Grünen - rosa liste

Initiative:

Sabine Nallinger Paul Bickelbacher Siegfried Benker Lydia Dietrich Stadträtin Stadtrat Stadträtin

Herrn Oberbürgermeister Christian Ude Rathaus



München, den 26.01.2009

Keine Praktikaplätze für angehende SozialbetreuerInnen

Anfrage

Im Münchner Merkur vom 21. Januar 2009 war unter der Überschrift "Kliniken weisen Auszubildende ab" zu lesen, dass viele Münchner Kliniken angehenden SozialbetreuerInnen die im Lehrplan vorgeschriebenen Krankenhauspraktika nicht anbieten. Offensichtlich ergibt sich das Problem seit Neuestem aufgrund einer Lehrplanänderung, wodurch in der SozialbetreuerInnenausbildung nun erstmals ein Praktikum im Krankenhaus vorgesehen ist. Dabei scheint im Krankenhausbereich das Berufsfeld des/der SozialbetreuerIn weitergehend unbekannt zu sein. Darüber hinaus sieht der neue Lehrplan vor, dass die Auszubildenden über ein halbes Jahr hinweg jeweils einen Tag in der Klinik praktizieren, eine Form des Praktikums, das – laut Artikel – im Gegensatz zum Blockpraktikum in den meisten Münchner Kliniken nicht angeboten werde.

Dieser Artikel veranlasst uns zu folgenden Fragen:

- 1. Wieviele angehende SozialbetreuerInnen sind von dieser Situation betroffen?
- 2. Wie nehmen die Münchner Kliniken zu dem Sachverhalt und zu den Praktika Stellung?
- 3. Wieviele Auszubildende haben in diesem Jahrgang ein Praktikum in Münchner Krankenhäusern bekommen?
- 4. Warum gibt es nicht mehr Plätze?
- 5. Wie kann das Problem behoben werden? Lässt sich der Praktikaplatzmangel beheben und wenn nein, warum nicht?

Lydia Dietrich Jutta Koller Stadträtinnen